

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 29.08.2006  
im Kreishaus Borken

### Anwesend:

#### stv. Vorsitz:

Uta Röhrmann Bocholt

#### Mitglieder:

Barbara Büscher	Stadtlohn	
Heidi Buskase	Gronau	
Karin Mikosch-Eimann	Gronau	
Maja Saatkamp	Borken	
Friedel Sebastian	Raesfeld	Vertretung für Bernadette Aehling
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Ursula Zurhausen	Borken	

#### Es fehlen entschuldigt:

Heike Bösing	Reken
Friederike Düllberg	Gronau
Irmgard Kerkhoff	Rhede
Markus Schulte	Gronau

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Gerd Wiesmann	ab 18:35 Uhr
Wilfried Kersting	
Irmgard Paßerschroer	
Martina Jansen	

#### Gäste:

Bernhard Könning	Geschäftsführer der BBS Westmünsterland, Ahaus
Claudia Klinker	Mitarbeiterin der BBS Westmünsterland, Ahaus
Rita Krümpelmann	Regionalstelle Frau und Wirtschaft, Gronau
Ulrike Lückerath	Regionalstelle Frau und Wirtschaft, Gronau
Giselheid Lönker-Rduch	Gleichstellungsbeauftragte der Städte Stadtlohn und Gescher

### Erledigung der Tagesordnung:

Stellv. Vorsitzende Uta Röhrmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Frau Röhrmann begrüßt insbesondere Frau Lückerath und Frau Krümpelmann von der Regionalstelle Frau und Wirtschaft und Herrn Könning und Frau Klinker von der Berufsbildungsstätte Westmünsterland.

Da Herr Landrat Wiesmann noch nicht eingetroffen ist, wird der Tagesordnungspunkt 2 vorgezogen.

### A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Wahrnehmung der Aufgaben der Regionalstelle Frau und Wirtschaft**  
**Vorlage: 0155/2006**

- **Regionalstelle Frau und Wirtschaft - Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2006**

**Vorlage: 0200/2006**

---

**Beschluss:** ohne Beschlussempfehlung

**Herr Kersting** gibt zunächst einen Überblick über die aktuelle Situation. Da nach Mitteilung des Ministeriums die Landesförderung für die Regionalstellen in 2007 wegfalle, habe die Verwaltung nun – so wie es der Kreistag seinerzeit festgelegt habe – ein Konzept erarbeitet, wie zumindest ein Teil der Aufgaben aufgefangen werden könne.

Er legt sodann ausführlich dar, welche Institutionen sich mit der Förderung beruflicher Chancengleichheit befassen.

Zur finanziellen Unterstützung künftiger Maßnahmen zur Förderung beruflicher Gleichstellung schlage die Verwaltung vor, die bisher für die Regionalstelle zur Verfügung stehenden Kreismittel in Höhe von 37.500 € auch weiterhin bereit zu stellen. Dadurch könnten möglicherweise gleichstellungsbezogene EU-Projekte kofinanziert werden.

**Frau Röhrmann** bedauert die vorgesehene Schließung der Regionalstelle. Das von der Verwaltung dargelegte Konzept zur Fortführung der Aufgaben sei für sie nicht zufriedenstellend.

**Frau Buskase** erkundigt sich bei Frau Klinker, ob es ihres Erachtens sinnvoll sei, die Kreismittel zur Finanzierung von „Auslaufmodellen“ der EU (z.B. Projekt „Futura“) einzusetzen.

**Frau Klinker** teilt mit, für die Projekte „Equal“ und „Futura“ würden zunächst bis Ende 2007 EU-Mittel bereit gestellt. Danach soll das EU-Programm „Progress“ diesen Bereich der Förderung abdecken. Richtlinien zu dem neuen Förderprogramm gebe es aber noch nicht.

In den vergangenen Jahren seien bei der BBS viele Frauenprojekte mit kreisweiter Wirkung mit EU-Mitteln finanziert worden. Für die Gewährung von EU-Mitteln sei aber immer eine Kofinanzierung mit kommunalen Mitteln erforderlich.

**Frau Buskase** stellt Frau Paßerschroer die Frage, ob es realistisch sei, die in dem Verwaltungskonzept der Gleichstellungsbeauftragten zugewiesenen Aufgaben mit einem zusätzlichen Stundenkontingent von 3,3 Stunden wöchentlich wahrzunehmen.

**Frau Paßerschroer** erwidert, in diesem zeitlichen Rahmen sei nur eine begrenzte Weiterführung der Aufgaben, z.B. im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Organisation von Seminaren und Informationsveranstaltungen, möglich.

**Frau Mikosch-Eimann** führt aus, ihre Fraktion sei sehr enttäuscht darüber, dass die Regionalstelle nicht weiter gefördert werde. Die wertvolle Arbeit, die dort seit Jahren geleistet werde, könne über befristete Projekte nicht aufgefangen werden.

**Frau Saatkamp** ergänzt, die Regionalstelle sei eine wichtige Schnittstelle zu anderen Bereichen. Dort würden insbesondere Berufsrückkehrerinnen und Existenzgründerinnen fachlich kompetent und geschlechtsspezifisch beraten. Dieses über Jahre angeeignete Fachwissen gehe durch die Schließung verloren.

Die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Projekte seien in der Regel befristet und somit kein Ersatz für die Arbeit der Regionalstelle.

**Frau Zurhausen** führt aus, die voraussichtliche Schließung der Regionalstelle sei nichts Überraschendes für die Politik. Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres sei hierüber gesprochen und die Verwaltung beauftragt worden, ein Konzept zur Fortführung der Aufgaben zu entwickeln.

**Frau Söbbing-Krumkamp** stellt Herrn Könning die Frage, welche Aufgaben seines Erachtens mit Schließung der Regionalstelle wegbrechen würden.

**Herr Könning** bedauert zunächst, dass die bewährte Arbeit der Regionalstelle in dieser Form nicht weitergeführt werden könne. Bei den Folgeprojekten könne es nicht um einen institutionellen Ersatz der Regionalstelle gehen. Insbesondere die geschlechtsspezifischen Beratungsangebote könnten in dieser Form nicht aufrecht erhalten bleiben. Die BBS lege seit Jahren einen Schwerpunkt auf den Bereich der beruflichen Bildung und Qualifizierung von Frauen.

**Frau Lückerath** bedankt sich zunächst für die Wertschätzung der Arbeit der Regionalstelle. Hier stünden den Frauen Ansprechpartnerinnen zur Verfügung, die ihnen zunächst im Rahmen der Erstberatung Orientierung geben würden. In gemeinsamen Gesprächen würden die jeweiligen Problemlagen analysiert und Lösungen entwickelt.

Die anderen frauenspezifischen Projekte der BBS seien stärker angebotsorientiert zu betrachten.

**Frau Krümpelmann** ergänzt, die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik für Frauen in der Region werde durch die Schließung der Regionalstelle geschwächt. Wichtige Netzwerkstrukturen würden wegbrechen. Die Regionalstelle sei inzwischen zu einer Institution geworden. Ein besonderes Merkmal der Arbeit sei, dass die Frauen freiwillig kämen und die Angebote bei Bedarf auch vor Ort stattfinden würden. Insbesondere die Orientierungskurse für Wiedereinsteigerinnen und die Berufsorientierungsmaßnahmen in den Schulen seien immer sehr gut angenommen worden.

**Frau Lückerath** erkundigt sich bei Herrn Wiesmann nach dem Konzept der Startercenter und inwieweit dort die Erstberatung berücksichtigt werde.

**Herr Wiesmann** legt dar, mit der Einrichtung von Startercentern im Bereich der Existenzgründung würde ein neuer Weg beschritten. Dort müsse eine Beratung unter Berücksichtigung von Gender-Aspekten erfolgen.

Die Regionalstelle habe seit ihrem Bestehen sehr gute Arbeit geleistet und sich im Bereich der beruflichen Chancengleichheit sehr verdient gemacht. Es seien in den vergangenen Jahren viele Angebote aufgebaut sowie Netzwerke gebildet und unterstützt worden. Er bedaure, dass dieses nun nicht mehr möglich sei.

Fakt sei aber auch, die Landesförderung werde eingestellt und der Kreis könne die wegfallenden Landesmittel nicht auffangen. Deshalb müsse nach Alternativen gesucht werden. Die Verwaltung schlage vor, den bisher bereit gestellten Mittelansatz zu erhalten und für die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Maßnahmen einzusetzen.

Auf die bestehenden Netzwerke im Kreis, z.B. das Netzwerk der Gleichstellungsbeauftragten, komme nun verstärkt die Aufgabe zu, die Umsetzung der Gender-Aspekte zu forcieren.

Mit der Arbeitsagentur in Coesfeld müsse darüber gesprochen werden, ob diese nicht auch außerhalb der Arbeitsagentur, also in den Kommunen des Kreises, Seminare und Informationsveranstaltungen durchführen könne, um möglichst viele Frauen wohnortnah zu erreichen.

**Frau Röhrmann** erteilt **Frau Lönker-Rduch** das Wort, die als Gast an der Sitzung teilnimmt und sich als Vertreterin des Netzwerkes der Gleichstellungsbeauftragten zu dem Thema äußert.

**Frau Lönker-Rduch** legt dar, gerade die Frauen im ländlichen Raum profitierten von der persönlichen Beratung und Begleitung durch die Regionalstelle. Die Mitarbeiterinnen der Regionalstelle würden zunächst mit den Frauen klären, welche Förderung und Unterstützung im konkreten Einzelfall erforderlich sei. Dieses Eingehen auf die persönliche Lebenssituation werde von anderen Stellen in dieser Form nicht geleistet.

**Herr Wiesmann** entgegnet, die WFG berate auch frauenspezifisch. Im Bereich der Existenzgründungsberatung betrage der Frauenanteil bereits jetzt 39%. Er sehe bei den Frauen insgesamt eine Entwicklung dahingehend, dass diese zunehmend selbstbewusster ihre Ziele verfolgten. Wichtiger als das Geschlecht sei seines Erachtens die Qualifikation der Berater und Beraterinnen.

**Frau Lückerath** merkt an, dass ein mangelndes Selbstbewusstsein der Frauen nicht der Grund für das Erfordernis einer geschlechtsspezifische Beratung sei. Frauen setzten sich mit ihrer Lebenssituation und mit ihrer persönlichen Biografie anders auseinander als Männer. Der Wunsch nach einer beruflichen Neuorientierung entstehe bei Frauen häufig aufgrund einer Krisensituation.

**Frau Saatkamp** weist auf einen Zeitungsartikel in der Borkener Zeitung hin, der besage, dass nur 36% der Frauen in den Arbeitsmarkt integriert würden. Deshalb müsse alles getan werden, die qualifizierte Arbeit der Regionalstelle zu erhalten und die hierfür erforderlichen Kreismittel zur Verfügung zu stellen.

**Frau Buskase** bestätigt, Frauen benötigten eine andere Beratung als Männer. Insbesondere junge Frauen und Mädchen seien heute verstärkt darauf angewiesen, Berufe zu ergreifen, die deren Existenz sicherten. Deshalb sollten bestehende Strukturen möglichst erhalten bleiben.

**Herr Kersting** legt dar, bei der Arbeitsagentur gebe es eine Beauftragte für Chancengleichheit. Es müsse geklärt werden, welche Rolle und Aufgaben diese Beauftragte bei Wegfall der Regionalstelle übernehmen könne.

**Herr Wiesmann** weist darauf hin, auch in anderen Bereichen, z.B. bei der BBS, seien Mittel weggefallen und MitarbeiterInnen hätten nicht mehr weiter beschäftigt werden können. In diesem Fall gehe der Kreis einen Mittelweg und werde das bisher eingesetzte Geld nicht streichen, sondern weiterhin zur Förderung frauenspezifischer Projekte zur Verfügung stellen.

Mit Blick auf den SPD-Antrag weist er darauf hin, in NRW gebe es zwar 16 Regionalstellen, die Mittel der EU erhielten, diese seien aber als strukturschwache Regionen (Ziel-2-Regionen) anerkannt. Der Kreis Borken gehöre nicht zu diesen strukturschwachen Regionen. Die Ziel-2-Förderung werde Ende 2006 auslaufen. Ab 2007 gebe es neue Förderungsmöglichkeiten seitens der EU, aber fest stehe, dass künftig ausschließlich Projekte und keine Institutionen gefördert würden.

**Frau Zurhausen** lobt die Arbeit der Regionalstelle, weist aber darauf hin, dass die Politik sich der neuen Situation stellen müsse.

Der Antrag der SPD und die Verwaltungsvorlage sollten zunächst noch in den Fraktionen beraten werden.

Der AK schließt sich einvernehmlich diesem Vorschlag an.

## **Punkt 2: Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

---

### **1. Informationen zum Runden Tisch GewAlternativen**

- Am 08.11.2006 findet in der Zeit von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr im Kreishaus in Borken die diesjährige Fachtagung des Runden Tisches GewAlternativen zum Thema „Stalking“ statt.  
Referent ist Dr. Jens Hoffman, Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Darmstadt. Die AG Recht und die AG Unterstützungsangebote für Frauen haben sich hierbei in der Vorbereitung besonders engagiert.
- Nach der erfolgreichen Fortbildung im Februar d.J. plant die AG Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche, im nächsten Jahr 2 Fortbildungsveranstaltungen für ErzieherInnen und LehrerInnen zum Thema „Häusliche Gewalt“ durchzuführen. Eine Veranstaltung soll als Blockveranstaltung über 3 Tage stattfinden, die andere in Form von 7 Einzelveranstaltungen über das Jahr verteilt.
- Die „Brötchentütenaktion“ der AG Prävention fand zuletzt am 05.08.06 mit gutem Erfolg in Borken statt. Die Aktion soll demnächst auch in Stadtlohn, Gronau und Gescher stattfinden.

### **2. Lernfest für Frauen und Mädchen**

- Am 10.11.06 findet im Rathaus der Stadt Bocholt das 4. Lernfest für Mädchen und Frauen statt. Das Vorbereitungsteam ist zur Zeit mit der Organisation der Veranstaltung beschäftigt.
- Wie bei den bereits durchgeführten Lernfesten wird das Programm eine Mischung aus Messe, Workshops und Unterhaltungsprogramm (Kabarett, Modenschau) sein.

### 3. Umsetzung des SGB II

- Die AG Gender/SGB II befasst sich zur Zeit mit der Erstellung eines Leitfadens für FallmanagerInnen mit der besonderen Zielgruppe „Allein Erziehende“. Nach einer Bestandsaufnahme sollen Handlungsempfehlungen entwickelt werden, die u.a. die Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für allein Erziehende aufzeigen sollen. Weitere Zielgruppen der AG sind junge Mütter und Migrantinnen.

### 4. Fahrt nach Polen

- Ende Juli fand im Rahmen der Partnerschaftsbegegnung der Gemeinde Velen mit der Gemeinde Dlugoleka in Polen ein Partnerschaftstreffen statt. Ein Schwerpunktthema dieser Begegnung war die Rolle der Frau in Polen und in Deutschland. Da die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde nicht teilnehmen konnte, fuhr Frau Paßerschroer als Referentin zu diesem Thema mit. Auf der Basis der in Polen geknüpften Kontakte soll im nächsten Jahr ein Austausch von deutschen und polnischen Frauen zum Thema Gleichstellung/Rolle der Frau durchgeführt werden.

### 5. Verschiedenes

Frau Paßerschroer schlägt folgende Themen für die nächsten Sitzungen vor:

- Fortschreibung des Frauenförderplans
- Bericht und Strategiepapier zum Projekt „Demographischer Wandel“ in Bezug auf Gender-Aspekte

### **Punkt 3: Verschiedenes**

---

Vom Ausschuss wird angeregt, die Liste der Schwerpunktthemen, die in der Sitzung am 27.01.2005 vom AK durch Kartenabfrage erstellt worden ist, im Protokoll aufzuführen:

- Hartz IV, SGB II – Auswirkungen auf die Frauen (4 Nennungen)
- Leben im Alter – Situation der Frauen (2 Nennungen)
- Pflege im Alter (fast ausschließlich Aufgabe von Frauen)
- Öffnung der Gleichstellung in Bezug auf Mann (2 Nennungen)
- Gender Mainstreaming
- Gleichstellung erziehen
- Häusliche Gewalt/Gewaltschutzgesetz/Männer stellen sich ihrer Gewalt
- § 218 Schwangerschaft junger Frauen (SKF)
- Gewalt gegen Männer/Jungen
- Elternerziehungszeiten
- Betreuung von Kindern
- Geschlechtsspezifische Situation und Anforderungen bei Mädchen/Jungen
- Frauen in der Verwaltung
- Benachteiligung von Frauen im ländlichen Raum
- Frauengesundheit

Das nächste Treffen des AK Gleichstellung soll am Dienstag, 31.10.2006, um 17.00 Uhr stattfinden.

*(Anmerkung: Da am gleichen Tag der Sozialausschuss tagt, wurde der Termin geändert. Die Sitzung findet jetzt statt am **Donnerstag, 26.10.2006, um 17.00 Uhr** im Kreishaus in Borken!)*

Stellv. Vorsitzende Uta Röhrmann schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

---

Uta Röhrmann  
Stellv. Vorsitzende

---

Irmgard Paßerschroer  
Schriftführerin